

Rhein-Hunsrück-Zeitung

vom 01.03.2013

12 Ratsmitglieder verweigerten die Entlastung

Jahresabschluss

Rechnungsprüfer
stellten für 2009
Missachtung des
Stadtrates fest

Von unserem Mitarbeiter
Wolfgang Wendling

■ **Boppard.** Nur mit knapper Mehrheit hat der Stadtrat den Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2009 entlastet. Heinz Klinkhammer (FWG), Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, schlug dem Stadtrat vor, die Entlastung zu verweigern, weil Bürgermeister Walter Bersch beim Zuschlag für den privaten Mitgesellschafter der Römertherme GmbH den Stadtrat übergangen habe.

Klinkhammer führte aus, dass auf die europaweite Ausschreibung hin am 9. Dezember 2008 zwei der auserkorenen Unternehmen ihr Angebot zum Erwerb der Mitgliedschaft in der Betreibergesellschaft für die Römertherme anhand einer von der Verwaltung vorgegebenen Anforderungsliste erläutern hätten. Der Bürgermeister habe mit Vermerk vom 19. Januar 2009 die Angebote der beiden Bewerber ausgewertet und festgelegt, dass das Angebot von Monte Mare als höherwertig einzustufen sei und dass künftig nur noch mit dem Rengsdorfer Unternehmen verhandelt werde. Dies habe der Bürgermeister der unterlegenen Firma

mitgeteilt und erklärt, dass die Stadt Boppard mit dem Mitbewerber Schlussverhandlungen aufnehmen werde.

„Der Stadtrat und der Bauausschuss waren in keiner Weise in diese Entscheidungen eingebunden“, trug Klinkhammer vor. Die Bewertung der Angebote durch den Bürgermeister sei erstmals in der Stadtratssitzung vom 21. September dem Rat vorgelegt worden. Dabei habe der Stadtrat jedoch keine Entscheidung getroffen. In der Ratssitzung vom Montag wertete Klinkhammer die Vorgänge aus dem Jahr 2009 als „plumpen Versuch, den Stadtrat für dumm zu verkaufen“.

Die Akte über diesen Vorgang sei dem Stadtrat nur in jener Sitzung vorgelegt worden. Bei der nächsten Sitzung sei die Akteneinsicht verweigert worden. Auch einen Antrag auf Akteneinsicht nach Paragraph 33 Gemeindeordnung habe der Bürgermeister abgelehnt, trug Klinkhammer weiter vor.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hielt fest, dass die Festlegung auf einen Bieter nur durch einen Stadtratsbeschluss erfolgen konnte. Er forderte die Verwaltung auf, „die gesetzlichen Regelungen einzuhalten und aus Gründen der Transparenz eine größtmögliche Akteneinsicht durch den Stadtrat zu ermöglichen“.

15 Ratsmitglieder stimmten für die Entlastung des Bürgermeisters für 2009, 12 verweigerten die Entlastung. Dagegen hat der Rat den Jahresabschluss für 2009 einstimmig beschlossen.